



Im Jahr 2023 wurden laut dem jährlichen Bericht der Organisation SOS Homophobie in Frankreich mehr als 2.300 Fälle von Diskriminierung gegen LGBT+-Personen verzeichnet. Diese Zahl stellt eine deutliche Zunahme im Vergleich zum Vorjahr dar und lässt auf eine besorgniserregende Entwicklung schließen.

Besorgniserregende Trends und steigende Zahlen

Die Organisation SOS Homophobie hat in ihrem Bericht für das Jahr 2023 insgesamt 2.377 Fälle von Diskriminierung gegen LGBT+-Personen dokumentiert. Dies bedeutet eine deutliche Zunahme gegenüber den 1.506 Fällen im Jahr 2022. Die Daten stammen aus den 2.085 Berichten, die bei der Organisation über deren Unterstützungs- und Beratungsdienste eingegangen sind.

Die Präsidentin und Sprecherin von SOS Homophobie, Julia Torlet, erklärt, dass die Zunahme zwar teilweise auf eine neue Berechnungsmethode zurückzuführen sei. Dennoch sei die eigentliche Sorge die zugrundeliegenden Trends. „Die ersten Monate des Jahres 2024 bestätigen diesen Trend“, sagt Torlet. „Diese Zahlen steigen, aber sie sind nicht vollständig, da nicht jeder den Mut hat, seine Erfahrungen zu teilen.“

Zielgruppen der Gewalt

Ein genauerer Blick auf die Zahlen zeigt, dass 45% der dokumentierten Gewaltfälle gegen Männer gerichtet waren, die als schwul oder bisexuell wahrgenommen wurden. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg von „Hinterhalts“-Vorfällen, bei denen homosexuelle Menschen gezielt in Fallen gelockt und angegriffen werden.

Gewalt gegen Transpersonen und Frauen

Weitere 21% der gemeldeten Fälle betrafen Gewalt gegen Transpersonen, wobei insbesondere junge Menschen und trans Frauen betroffen sind. Lesbische Frauen waren in 11% der Fälle Ziel von Diskriminierung. Julia Torlet weist darauf hin, dass lesbische und bisexuelle Frauen seltener von ihren Erfahrungen berichten, was auf ein Gefühl mangelnder Legitimität hinweisen könnte, sich zu äußern.



Zunahme von Online-Hass

Auch im Internet sind die Fälle von Diskriminierung gestiegen. Im Jahr 2023 wurden 544 Fälle gemeldet, was 23% der Gesamtreports entspricht. Diese Zunahme wird von SOS Homophobie auf den „Wechsel der Führung bei Twitter, jetzt X“, zurückgeführt. Die nachlassende Moderation auf der Plattform habe eine stärkere Verbreitung von Hassposts ermöglicht. Insgesamt seien im Internet und in sozialen Netzwerken transphobe Fehlinformationen und Hassreden weit verbreitet. Ein Viertel der Fälle von Transphobie fand 2023 online statt.

Transphobie in der politischen Arena

Transphobe Diskurse beschränken sich jedoch nicht nur auf das Internet. „Hassreden werden nicht nur medial verbreitet, sondern sie nehmen auch intellektuelle Züge an“, kritisiert Julia Torlet und verweist auf die Veröffentlichung des Buches „Transmania“. Zudem seien transphobe Äußerungen mittlerweile auch in politischen Institutionen präsent. Als Beispiel nennt Torlet den Gesetzentwurf der LR-Senatoren, der ab dem 28. Mai im Senat diskutiert wird und ein Verbot von Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen vorsieht.

Ein Aufruf zum Handeln

Die zunehmenden Fälle von Diskriminierung und Gewalt gegen LGBT+-Personen in Frankreich zeigen, dass trotz bestehender Schutzmechanismen noch großer Handlungsbedarf besteht. Julia Torlet betont, dass die gesellschaftliche und politische Landschaft sich verändern muss, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Es ist unerlässlich, dass sowohl die Behörden als auch die Zivilgesellschaft gemeinsam daran arbeiten, Diskriminierung zu bekämpfen und eine sicherere, inklusivere Gesellschaft für alle zu schaffen.